

Die Amerikas:  
Wohin steuert die Neue Welt?  
Round table am 16. September 2003

E: Der heutige Abend bewegt sich terminlich zwischen zwei Jahrestagen in Lateinamerika, dem 30. Jahrestag des Militärputsches in Chile und dem 20. Jahrestag der US-Invasion in Grenada (25. Oktober 1983), zwei Versuche unabhängiger Entwicklung, die mit Gewalt zerschlagen wurden. In Chile vom eigenen Militärapparat, in Grenada z.T. vom eigenen Militär, vor allem aber von der US-amerikanischen Invasionsarmee. Über diese letztere Invasion wird heute kaum mehr geredet, daher sollten wir diese Gelegenheit auch nutzen, noch einmal daran zu erinnern.

Unser eigentliches Thema heute Abend ist die Entwicklung in Lateinamerika, die Konflikte, die militärischen Konflikte, die ökonomischen Gegensätze, die fortschreitende Verarmung und die Entwicklung von möglichen Alternativpositionen in Lateinamerika. Dazu ist hier ein spannend besetztes Podium zusammengekommen.

Wir wollen in einer ersten Runde eine Bestandsaufnahme machen zur aktuellen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kontinents, und in einer zweiten potentielle Alternativen sowohl auf Regierungsebene – Beispiel Brasilien, Argentinien, Venezuela – als auch auf der Ebene der so genannten Zivilgesellschaft – Stichwort Porto Alegre, Weltsozialforum – und sozialer Bewegungen benennen.

Zunächst also ein ökonomischer Überblick durch Pedro Morazán.

M: Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, weil ich etwas erkältet bin. „Wohin steuert die Neue Welt?“ ist der Titel dieser Diskussion. Bevor wir die Richtung benennen, wohin der Kontinent steuert, sollten wir vielleicht zuerst noch untersuchen, woher wir kommen. Und da heute sehr viel über Globalisierung gesprochen wird, müssen wir auch den Standort angeben, an dem sich Lateinamerika in diesem Prozess befindet.

Heute haben wir die gute Nachricht vom Scheitern der Verhandlungen in Cancún erhalten, auch über dessen Bedeutung müssen wir reden.

Globalisierung seit 1870

Ich als Ökonom würde Globalisierung bezeichnen als eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung, und da teile ich die Meinung vieler, die den Globalisierungsprozess in drei Hauptphasen einteilen: Der Prozess der kapitalistischen Globalisierung fängt demnach um 1870 an, als die kapitalistische Akkumulation sich weltweit in der Phase der industriellen Revolution unter Führung Großbritanniens ausbreitet und die größeren lateinamerikanischen Länder, insbesondere Argentinien, Mexiko und Brasilien, sich als Agrarexporteure in die Weltwirtschaft integrieren; eine zweite Phase, die man mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ansetzen kann, in der erste Versuche einer autozentrierten Industrialisierung in Lateinamerika stattfinden und die durch den Kampf einheimischer Unternehmen gegen die multinationalen Konzerne aus Nordamerika gekennzeichnet ist. Diese zweite Phase endet meiner Meinung nach erst mit

dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in den 70er Jahren, als die Dollarparität von der US-Zentralbank einseitig aufgegeben wurde; und jetzt erleben wir die dritte Phase, die allgemein bekannt als Globalisierung bezeichnet wird und die Lateinamerika in eine neue Konfliktsituation gegenüber den USA stellt. Die Details dieser Konfliktsituation sind, glaube ich, allgemein bekannt.

Wenn wir jetzt definieren wollen, wohin das Ganze nun steuert, vor dem Hintergrund des Scheiterns der Verhandlungen in Cancún, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, in welcher Situation sich diese Weltwirtschaft heute befindet. Wie wir das auch in Europa erleben, durchläuft die Weltwirtschaft eine langandauernde Phase der Stagnation, und zwar weil die Volkswirtschaften der kapitalistischen Zentren nicht in der Lage sind, die Nachfrageseite anzukurbeln und damit auch das Wachstum zu befördern. Das gilt sowohl für die USA als auch für die EU und Japan. Diese drei Wirtschaftsblöcke sind dazu nicht mehr in der Lage. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Verhandlungen, sowohl im multilateralen Bereich der WTO als auch auf der Ebene von regionalen Abkommen.

Wir befinden uns also in einem Zustand der Stagnation und, wenn überhaupt, des unbeständigen Wachstums, begleitet von Deflation. Die Inflation wurde zwar bekämpft, das führte aber nicht zu einer Ankurbelung der Nachfrage. Das ist die Folge von strukturellen Veränderungen, die in Lateinamerika in unterschiedlicher Weise durchgeschlagen haben. Unterschiedlich, weil wir von einigen großen Akteuren ausgehen müssen – Mexico, Brasilien, Argentinien, bei denen die Krise unterschiedliche Auswirkungen hat. Innerhalb dieser Dreiergruppe finden also derzeit wichtige Differenzierungsprozesse statt. Ich würde diese strukturellen Veränderungen der letzten drei Jahre auf fünf reduzieren:

1. Zuspitzung der Schuldenkrise, die ungelöst bleibt.
2. Davon ausgehend erzwungene Außenhandelsliberalisierung durch Strukturanpassung.
3. Vertiefung der Arbeitsteilung gegenüber den Industrienationen bzw. ausländischen Multis – nicht mehr nur Rohstofflieferanten, sondern Ausweitung von Produktionsnetzen zugunsten der ausländischen Multis und Verlust der Kontrolle über eigene Produktionslinien wegen technologischem Rückstand.
4. Im Allgemeinen, aber insbesondere mit den USA hat es eine Ausweitung des Handels mit Industrieprodukten gegeben. Auch da muss natürlich differenziert werden zwischen einzelnen Staatengruppen, die Ausweitung findet besonders in Chile und Mexico statt.
5. Ausweitung von Kapitalbewegungen. Hier spielt die Schuldenkrise die Rolle des Hebels für die Umsetzung neoliberaler Wirtschaftsreformen. Mit der Schuldenkrise ist eine Liberalisierung des Banken- und Finanzsystems umgesetzt worden, wie sie bislang in keiner anderen Region der Welt zustande kam. Damit sind Möglichkeiten geschaffen worden, hohe Profite allein durch Kapitalanlage und Spekulation zu erzielen, was z.B. in Argentinien zu einer ständigen Deindustrialisierung geführt hat.

## Krise der Beschäftigung

Auf diese Weise ist der Faktor Arbeit in eine nachteilige Position geraten. Wir haben eine Beschäftigungskrise in Lateinamerika, mit der unmittelbaren Folge des Zuwachses von Armut. Selbstregulierungsmechanismen können auf diese Weise nicht mehr wirksam werden, und eine Überkapazität von Produktion und Industrien kann nicht mehr mit Kaufkraft- und Nachfragesteigerung begleitet werden.

Das ist so in etwa der Hintergrund, wo wir augenblicklich stehen. Der Weg wird jetzt sein, dass die USA sich nach dieser „Niederlage“ in Cancún stärker nach Lateinamerika orientieren werden, mit dem Ziel eine regionale Integration zu erreichen, und zwar zu ihren Gunsten mit Hilfe bilateraler Verträge, die zum Teil schon bestehen, wie beispielsweise mit Chile. Dabei gilt es zu vermeiden, dass Chile dem Mercosur beitrifft.

Bei den Verhandlungen um einen kontinentalen Freihandelsvertrag (ALCA) werden die gleichen Probleme wie bei den WTO-Verhandlungen in Doha und Cancún auftreten: Es wird Streit geben in Bezug auf vier Fragen:

1. Erhalten die Lateinamerikaner einen größeren Marktzugang für ihre Exporte in die USA?
2. Das Problem der nichttarifären Schutzmaßnahmen. Inwieweit sind die USA bereit, hier Konzessionen zu machen?
3. Die Lockerung oder Beibehaltung der Importrestriktionen durch Verbraucherschutzmaßnahmen, die in den USA eine sehr wichtige Rolle spielen. Z.B. werden Agrarprodukte oder Fleisch aus Argentinien sehr stark diskriminiert.
4. Die Frage der US-Agrarsubventionen, die auch hier der Grund zum Scheitern der Verhandlungen sein könnten.

E: Um das noch einmal klar zumachen. ALCA ist ein Projekt, mit dem der gesamte Kontinent in eine Freihandelszone verwandelt werden soll, während Mercosur ein regionales Freihandelsabkommen zwischen Brasilien, Argentinien, Paraguay und anderen assoziierten Partnern darstellt. Beide Projekte stehen z. Z. in einer gewissen Konkurrenz. Nun zu Winfried Wolf.

W: Ja auch von mir herzlichen Dank für die Einladung hierher. Ich möchte auch einsteigen mit dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún. Gestern hat Frau Künast, die Verbrauchsministerin, gesagt, dass hier gefeiert wird auf dem Rücken der schwächsten, und hat damit die Dritte-Welt-Gruppen kritisiert, dass sie diesen Erfolg gesehen haben, wie es Pedro gerade zutreffend bezeichnet hat. In der Frankfurter Rundschau argumentiert Ernst Ulrich v. Weizsäcker sehr zwiespältig. Zum einen sagt er, dass es keinen Grund zum Jubeln gebe, denn geschädigt würden wir Europäer, aber auch die Entwicklungsländer, und auf Nachfrage sagt er: Das Problem ist nur: Nach dem Abschluss der Uruguayrunde des GATT hatte der Norden gesagt, nun breche eine goldene Zeit für Entwicklungsländer an. In den zehn Jahren seither sind 66 Länder, fast alle arme Staaten, durch die Marktöffnung noch ärmer und massiv deindustrialisiert worden.

## Freihandel verschärft Ungleichheit

Das letzte ist, glaube ich, die Bilanz von 250 Jahren Kapitalismus, um den alten Karl Marx in der Kritik des Gothaer Programms zu zitieren, „dass die Anwendung von gleichem Recht bei ungleichen Bedingungen die Ungleichheit vergrößert.“ Soll heißen: Freihandel – nicht Mercosur, das ist ja Handel unter Gleichen –, sondern dass Freihandel unter extrem Ungleichen automatisch dazu führen muss, dass die Schwachen immer schwächer werden. Man kann es auch in den letzten vier Jahrzehnten feststellen, dass gerade die so genannten Schwellenländer, die angeblich im Take-off zur Industrienation sind, immer wieder abgestraft wurden. In den 60er und 70er Jahren Indien z.B., in den 80ern Mexico, in den 90ern die Tigerstaaten z.B. und 2001/02 Argentinien und wahrscheinlich auch Brasilien.

Francis Fukuyama, der amerikanisch-japanische Philosoph und Semi-Ökonom, hat nach dem Jahr 1990 das Ende der Geschichte vorausgesagt und dass wir alle in ein glücklich machendes Meer der Marktwirtschaft münden würden. Ich habe damals umgekehrt gesagt und geschrieben, dass es meiner Ansicht nach eine „Spezialperiode“, um das Wort von Fidel Castro zu paraphrasieren, zwischen 1917 und 1990 gab, in der die inneren kapitalistischen Widersprüche, Konkurrenzen, Freihandelsfragen zum Teil überlagert wurden, weil es ein gemeinsames Interesse aller kapitalistischen Länder gab, die nichtkapitalistischen Länder wieder unter die Subsumption des Kapitals und Profits zu bekommen, dass ab 1990 im Grunde wieder die Normalität hergestellt worden ist, die besagt, dass Kapitalismus u.a. heißt: Weltmarktexpansion, Aufrüstung und Krieg.

Ich meine, wir müssen uns klarmachen, dass wir momentan zwei Sachen erleben: einmal eine Tendenz zur Ausweitung des Freihandels, mit sehr starken Interessen spezifischer OECD-Staaten und multinationaler Konzerne; und zum Zweiten einen Blockbildungsprozess – bei dem Japan nach zwölf Jahren Krise etwas außen vor ist – zwischen Nordamerika mit Nafta und ALCA und auf der anderen Seite die EU. Wir erleben bei beiden Konkurrenzblöcken, dass die Elemente Freihandel einerseits und Protektionismus andererseits beide eine Rolle spielen, dass sie die Konkurrenzmechanismen verschärfen und gleichzeitig bemüht sind, sich einen jeweiligen Hinterhof zu schaffen, wo billige Arbeitskräfte, billige Ressourcen da sind, Märkte erobert werden können, deindustrialisiert werden kann usw. Das ist für die EU Osteuropa, wo in den nächsten zehn oder zwölf Jahren massenhaft platt gemacht werden wird, und das ist für die USA ganz eindeutig Mexico, Mittel- und Südamerika. Ich glaube, dass dabei auch noch bedacht werden sollte, dass es bei den Blöcken extrem unterschiedliche Strukturen gibt: Die EU ist noch kein einheitlich durchstrukturierter Block mit einem Supernationalstaat, sondern da gibt es noch nationalstaatliche Konkurrenzen, in die die USA z.T. auch reinarbeiten, z.B. im Spezialbündnis mit Tony Blair oder mit Polen, während in dem Block Nafta und möglicherweise ALCA die USA unangefochten die Nummer eins sind in Bezug auf Dollar – die haben also nicht das Problem, ob der Euro in Schweden eingeführt wird oder nicht –, in Bezug auf die Militärmacht und die wirtschaftliche Durchdringung des gesamten Raumes. Ich möchte betonen, dass ich allem, was Pedro gesagt hat, zustimme,

möchte aber ergänzen, dass in der ganzen Debatte zur Globalisierung meiner Ansicht nach auch die Frage des transnationalen Kapitals zu diskutieren wäre. Wie ich in dem Buch „Fusionsfieber – Das große Fressen“ versucht habe nachzuweisen, haben von den 200 größten Unternehmen der Welt im besten Fall vielleicht vier oder fünf einen ansatzweise transnationalen Charakter. Ansonsten sind diese Konzerne entweder US-amerikanisch oder japanisch oder britisch oder französisch, d.h. von sehr stark nationalem Charakter in Bezug auf das Eigentum, wenn sie auch global agieren, ausbeuten usw.

Argentinien und Brasilien – welche Spielräume?

Wenn jetzt gefragt wird in der Einladung, was für einen Spielraum die Länder Südamerikas haben können, glaube ich, dass der extrem bescheiden ist und dass wahrscheinlich sogar momentan das z.T. relativiert wird durch Prozesse, die in den letzten zehn, zwölf Jahren abgelaufen sind, die das abgefedert haben, die aber jetzt zu Ende gehen. Beispielsweise gab es einen immensen Verkauf von sogenanntem „Tafelsilber“ in diesen Regionen. Die Zahlen in Brasilien: Dort erzielte der Staat in den Jahren 1990 bis 2000 rund 100 Mrd. Dollar durch den Verkauf von Eigentum des brasilianischen Staates. Aber das läuft irgendwann aus. Die wichtigsten Konzerne, Telefongesellschaften, Fluggesellschaften sind verkauft. Zum zweiten gab es einen riesigen Prozess in Bezug auf die Verschuldungsentwicklung, die sich in den letzten zwölf Jahren fast verdoppelt haben, z.B. Argentinien von 62 auf 155 Mrd. Dollar im Jahre 2002 oder Brasilien von 120 im Jahre 1990 auf 287 Mrd. Dollar im Jahre 2003, wobei da auch noch die Sonderkredite gegeben wurden, um der neuen Regierung ein wenig Luft zu verschaffen. In den letzten zwei Jahren gab es massive Abwertungen fast aller lateinamerikanischen Währungen, was zunächst die wirtschaftliche Situation etwas verbessert hat, weil besser exportiert werden kann, gleichzeitig aber die Schulden, gemessen am Bruttoinlandsprodukt der Länder, entsprechend gestiegen sind.

D.h., ich sagte es schon, dass der Spielraum relativ bescheiden ist, wenn also ein mächtiges starkes Land wie Brasilien 50 Prozent der Exporterlöse für den Schuldendienst reinbuttern muss, wird deutlich, wie schmal der Spielraum ist. Oder wenn bei den Auflagen des IWF bei dem Jumbokredit, den Brasilien im letzten Juli erhalten hat, beschlossen wurde, dass Brasilien ab diesem Jahr – und dem hat Lula damals schon vorab zugestimmt – jedes Jahr einen „primären Einnahmeüberschuss“ von 3,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften muss, und wenn man das ins Verhältnis setzt zu den gestatteten Defiziten z.B. Deutschlands in der gleichen Höhe im Rahmen der EU, kann man sich vorstellen, dass diese Situation äußerst prekär ist.

Da wir uns hier, glaube ich, in christlichen Räumen befinden, müssen wir – auch als Marxisten natürlich – etwas zur sozialen Lage sagen. Ein Beispiel: Argentinien hat im Jahr 1998 noch pro Jahr pro Kopf 650,-Dollar für Gesundheit ausgegeben. Es gab im letzten Jahr 2002 nach Angaben von UNDP nur noch 140,- Dollar pro Kopf aus. Das ist der Spielraum. Fast 50 Prozent der Bevölkerung in der Provinz Buenos Aires gelten heute als arm, verfügen über 170 Euro pro Monat und weniger, und da wird klar, wie gering die Spielräume auf sozialer Ebene sind.

Die eigentliche Krise steht noch bevor

Ich möchte damit schließen, dass ich sage, dass meiner Ansicht nach die eigentliche Krise in der Region eher noch bevorsteht. Wenn man sich vorstellt, dass ein Land wie Argentinien, das noch vor zwölf Jahren nach Zahlen der UNDP auf der Ebene von Portugal angesiedelt war, heute auf einen vergleichbaren Lebensstandard wie arme afrikanische Länder gesunken ist, und dass ein ähnliches Schicksal möglicherweise auch Brasilien bevorsteht, wird das deutlich. Elmar Altvater schrieb z.B.: „Kein Land, kein Unternehmen kann bei Schulden von 280 Mrd. Dollar Zinsen von mehr als 22 Prozent bezahlen, ohne irgendwann gezwungen zu sein, die Zahlungen des Schuldendienstes einzustellen.“ Die Tragödie dabei ist, dass jetzt ein Linker die Drecksarbeit machen muss und die Rechten möglicherweise nachher die Scherben aufsammeln werden.

E: Wir haben jetzt ein generelles Panorama zur wirtschaftlichen Situation Lateinamerikas gehört. Winfried hat schon am Beispiel des Gesundheitswesens in Argentinien die Frage der sozialen Kosten angesprochen. Ich würde jetzt gerne Jürgen Valdix bitten, am Beispiel Nicaraguas die Situation noch ein wenig konkreter darzustellen.

V: Ja, vielen Dank für die Gelegenheit hier zu Ihnen sprechen zu können. Wir haben jetzt den globalen ökonomischen Rahmen in Lateinamerika gesehen, jetzt möchte ich auf die soziale Situation in einem kleinen Land, also Nicaragua, eingehen.

Nicaragua war ja in den 80er Jahren die große Hoffnung, mit einer sozialistischen Revolution einen neuen Weg zu gehen, der für die Masse der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen zur Folge haben sollte. Mittlerweile ist Nicaragua aus den Schlagzeilen verschwunden. Seit Mitte der 90er Jahre hat es mit Programmen der Weltbank und des IWF zu kämpfen, die die wirtschaftliche Lage des Landes vollständig bestimmen, die da heißen: Reduzierung des Staatssektors, massenhaft Entlassungen im öffentlichen Sektor mit der Folge, dass immer weniger Grundbedürfnisse vom Staat übernommen werden können. Konkret sieht das so aus, dass im Gesundheitswesen von den Krankenhäusern eigentlich nur noch die Fassade übriggeblieben ist, in den Krankenhäusern selbst herrscht das nackte Elend. Die Leute müssen ihr Verbandsmaterial, ihre Spritzen selbst mitbringen, wenn sie überhaupt behandelt werden wollen. Es fehlt an den einfachsten Dingen und wer es sich leisten kann, geht in die USA um sich behandeln zu lassen. Das gilt also nur für die obere Schicht. (Daniel Ortega aber fliegt z.B. immer noch nach Cuba, um sich dort behandeln zu lassen, aber alle anderen fliegen nach Miami oder Houston.)

Desolate Lebens- und Arbeitsbedingungen in Nicaragua

Im Erziehungswesen sieht es genauso aus. Die Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand. Die Schüler müssen ihre Stühle selber mitbringen, müssen ihre Besen mitbringen, um die Schulen sauber zu halten. Es gibt mittlerweile ein Schulgeld, das inzwischen die meisten ärmeren Leute davon abhält, ihre Kinder überhaupt noch zur Schule zu schicken,. Die Unis sind

zum größten Teil privatisiert, es schießen private Universitäten wie Pilze aus dem Boden. Dort werden dann Studiengänge wie Jura oder Betriebswirtschaft angeboten. Etwas, was Nicaragua in der Masse eigentlich überhaupt nicht braucht. Denn Nicaragua ist nach wie vor ein Agrarland und hat natürlich darunter zu leiden, dass die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte nicht in Nicaragua gemacht werden, sondern auf den großen Rohstoffbörsen in den USA oder in Europa.

Gerade der Fall des Kaffeepreises hat eine besonders gravierende Wirkung für das Land. Kaffee machte bis Ende der 90er Jahre ca. 50 Prozent der jährlichen Exporte aus, daran kann man ermessen, wie stark sich Preisschwankungen auch auf den Staatshaushalt auswirken. Die Kaffee-Fincas sind größtenteils verlassen, d.h. Zehntausende von Arbeitern sind entlassen worden, die keine andere Alternative haben, kein eigenes Land haben, um wenigstens für ihre Subsistenz zu sorgen. Immer wieder machen diese mit Hungermärschen nach Managua auf ihre Situation aufmerksam, sie werden von der Regierung hingehalten, es tut sich nichts, sie gehen enttäuscht wieder nach Hause, kommen einige Wochen später wieder, und kein Ende dieser Situation ist abzusehen.

Auf der anderen Seite sind jetzt die Kleinbauern ebenfalls betroffen durch die Gentechnologie, da die USA den Gen-Mais in ganz Lateinamerika durchdrücken, mit der fatalen Wirkung, dass die Leute ihr eigenes Saatgut nicht mehr benutzen können, sondern gezwungen werden, das Saatgut immer wieder neu zu kaufen. Bei Leuten, die eben keine ökonomische Reserve haben, die auch keinen Zugang zu Bankkrediten bekommen, die Kredite bei Wucherern mit Zinssätzen von weit über 30 Prozent aufnehmen müssen, wird es immer unmöglicher, ihre eigene Subsistenz zu gewährleisten.

Nationale Industrie – Fehlanzeige

Was den Industriesektor anbetrifft, so gibt es im Grunde keine eigenständige nicaraguanische Industrie, es gibt ein paar Textilfabriken, die aber auch unter immer stärkerem Konkurrenzdruck geraten durch Second-hand-Kleidung, die aus den USA eingeführt wird, und zwar zu einem sehr viel billigeren Preis als das einheimische Textilangebot, so dass in den letzten Jahren mehrere Textilfabriken in Konkurs gegangen sind.

Der einzige Sektor, der in den letzten Jahren ein gewisses Wachstum zu verzeichnen hat, ist der Bereich der Maquiladora-Fabriken, die in freien Handelszonen errichtet werden, meist von koreanischen und taiwanesischen Firmen, die vollkommen losgelöst von der nicaraguanischen Wirtschaft produzieren. Alles, alle Rohstoffe werden eingeführt, und die Endprodukte werden alle exportiert, d.h. es gibt keinen Industrialisierungsschub durch diese Art von Produktion. Zudem handeln diese Industrien günstige Bedingungen aus, so z.B. Freizügigkeit, keine Steuern, und die Infrastruktur wird vom Staat gestellt., so dass lediglich ein paar ArbeiterInnen unter inhumanen Bedingungen dort Arbeit finden können. Die Leute werden gezwungen, 12 Stunden und mehr am Tag zu arbeiten. Wer keine Überstunden machen will, fliegt raus. Es kann u.U. passieren, wenn ein größerer Auftrag reinkommt, dass die Leute bis zu drei Tage am Stück

arbeiten müssen. Das begünstigt auch eine Gesetzgebung, die den Arbeitern so gut wie keine Rechte in diesen Fabriken gibt. Es wurden sogar amerikanische Gewerkschafter ausgewiesen, die sich in den Fabriken umschauchen wollten und dabei soziale Mindeststandards eingefordert hatten. Die Ausweisung geschah z.T. auch unter Duldung von sogenannten linken Gruppierungen.

Es herrscht eine solche Not, dass die Leute jetzt sogar in Kauf nehmen, auch unter inhumanen Bedingungen dort zu arbeiten. Leute, die von außen kommen, und diese Zustände anprangern werden leicht als Nestbeschmutzer angesehen.

E: Was jetzt geschildert wurde, dass nämlich die elementaren Menschenrechte auf Nahrung und gesundheitliche Versorgung nicht mehr eingehalten werden, wird noch übertroffen dadurch, dass den Leuten, die sich gegen diese Situation wehren, Verfolgung und Verhaftung oder gar Morde drohen. Das passiert in Nicaragua, in Guatemala, in El Salvador und vor allem in Kolumbien. Vielleicht kannst du, Bettina, berichten, wie diese Entwicklung, die jetzt auf einer ökonomischen und politischen Ebene skizziert wurde, sich in Kolumbien auf der Menschenrechtsebene auswirkt.

R: Ja, um ganz aktuell einzusteigen. Viele haben ja gestern in den Nachrichten gehört, dass gestern eine Touristengruppe in Kolumbien entführt wurde. Das ist eigentlich schon fast eine klassische Nachricht, die man heute auch in der Zeitung lesen konnte. Was aber nicht drin stand: Es ist ja auch in Kolumbien jetzt ein 11. September abgelaufen, und zwar meine ich den 9. September, den kolumbianischen Menschenrechtstag. Und anlässlich dieses Jahrestags gab es ganz viele Kongresse und Konferenzen. Ein größerer Zusammenschluss von Menschenrechtsorganisationen, die vor allem im sozialen Bereich arbeiten, haben ein gemeinsames Buch herausgegeben über die aktuelle Menschenrechtssituation und haben darin genau beschrieben, was wir gerade zu Nicaragua gehört haben, über die Privatisierungsprozesse in den sozialen Diensten und im Bildungssektor in Kolumbien.

Kolumbiens Präsident Uribe – ein guter Freund von Bush

Eigentlich ein ganz normales Buch, über das auch in einer großen bürgerlichen Zeitung berichtet wurde, um zu sagen, dass die Bilanz des derzeitigen Präsidenten von Kolumbien, einem guten Freund des George W. Bush, der im Ausland ja sehr oft gelobt wird, nicht so günstig ausfällt.

Präsident Uribe hat darauf so reagiert, dass er Menschenrechtsvereine und -organisationen einfach als Terroristen bezeichnet hat, und er hat behauptet, dass alles, was diese Organisationen herausgeben, normalerweise von der Homepage der FARC abgeschrieben sei.

Damit ist also ein massiver Angriff auf das, was wir häufig mit dem modernen Begriff demokratische Zivilgesellschaft bezeichnen, eröffnet worden, auf Gewerkschaften, NGO usw. Das nur als Einstieg. Es ist viel zu kompliziert, um in fünf Minuten über den kolumbianischen Konflikt zu reden. In den ganzen Berichten über den andauernden Bürgerkrieg in Kolumbien werden nie die ökonomischen Hintergründe wirklich erklärt, daher möchte ich jetzt einmal

ganz konkret an einer bestimmten Region aufzeigen, dass auch in Kolumbien der Krieg um Öl geht, und da gibt es auch noch Zusammenhänge mit dem venezolanischen Öl.

Auch im kolumbianischen Krieg geht es um Öl

Vor einigen Monaten sind in der Region Arauca, wo ein US-amerikanischer Ölkonzern „Occidental“ seine Interessen verfolgt, im Rahmen einer militärischen Operation zur Terrorismusbekämpfung an einem Tag 2000 Personen verhaftet worden, in ein Stadion gesteckt – eine sehr direkte Assoziation zu Chile wird dabei wach –, und dort von Sicherheitskräften festgehalten worden. Sie wurden mit einer nicht abwaschbaren Tinte „geimpft“, damit sie für ihr ganzes Leben erkennbar bleiben. Darunter befanden sich ganz viele Mitglieder aus sozialen Organisationen, Gewerkschafter usw.. Niemand durfte sie besuchen, z.B. auch nicht ausländische Menschenrechtsorganisationen, es herrschte eine Art Ausnahmezustand. Es handelt sich dabei um eine Region, an der die USA sehr starkes Interesse hat.

Der „Plan Colombia“, der ja auch stark militärisch ausgerichtet ist, hat zur Aufgabe, die Ölinteressen abzusichern und zu kontrollieren. In dieser Region heißt das, dass im Jahr 100 Mio. US-Dollar ausgegeben werden als Militärhilfe zur Absicherung der Öl-Pipeline. Diese 100 Mio. Dollar gehen in die Ausbildung einer Militärbrigade, die z.B. diese 2000 Leute verhaften. Das sind also die ganz konkreten Auswirkungen dieser Militärhilfe. Das kolumbianische Erdöl wird zum nationalen Sicherheitsinteresse der USA erklärt.

Menschenrechte der 1. und 2. Generation

Was die Menschenrechtsverletzungen generell anbetrifft, so sage ich immer: es gibt eine Beziehung zwischen den Menschenrechten der ersten und zweiten Generation, also den politischen-bürgerlichen und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, und zwar dergestalt: Die Leute, die für grundlegende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte eintreten, die das auch konsequent machen und damit Druck auf Regierungen ausüben, die leiden dann im nachhinein an der Verletzung ihrer politischen-bürgerlichen Menschenrechte. Sie werden umgebracht, zum Verschwinden gebracht, werden ihrer bürgerlichen Grundrechte beraubt. Eine klassische Beziehung zwischen diesen beiden Kategorien von Menschenrechten, die sich in Kolumbien sehr klar nachweisen lässt. In Kolumbien wurde im Jahre 2002 an jedem zweiten Tag ein Gewerkschafter umgebracht. Gewerkschafter sind keine Guerilla, nichts davon, sondern sie treten für soziale und Arbeitsrechte ein. Und wenn man dann noch mal genauer hinguckt, um welche Gewerkschafter es sich dabei handelt, dann sind es hauptsächlich solche aus dem öffentlichen Sektor, die gegen die Privatisierung im öffentlichen Sektor gekämpft haben. Und es geht auch besonders um Gewerkschafter, die in Regionen wirken, in denen Bodenschätze eine große Rolle spielen, Öl oder Kohle oder ähnliches. Diese Verbindung wird in Zeiten der Globalisierung besonders deutlich.

In der Menschenrechtsszene wird häufig gesagt, dass es eigentlich utopisch sei, für die Mehrheit der Menschen, also auch in Kolumbien die Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte

durchzusetzen. Da findet im Gegenteil ein so gewaltiger Roll-back statt, die Menschen hungern, haben kein Land, das sind ja alles Menschenrechte, die in international verbindlichen Verträgen festgeschrieben sind, und die von all diesen Regierungen ja auch unterzeichnet wurden.

Vier Millionen Binnenflüchtlinge

In Kolumbien gibt es im Moment an die vier Millionen Binnenflüchtlinge, das ist im allgemeinen kaum bekannt. Es gab allerdings vor kurzem mal eine sehr gute Reportage im Deutschlandfunk von Peter B. Schumann, der dieses Problem beleuchtet hat. Man kann davon ausgehen, dass an jedem Tag in Kolumbien 1000 Menschen vertrieben werden, also über 300.000 pro Jahr. Diese Vertreibungen hängen zusammen mit dem Krieg, aber dieser interne Konflikt hat etwas mit den ökonomischen Geschichten zu tun. Ich habe jetzt z.B. mein Lieblings-T-Shirt an, von einer afrokolumbianischen Gemeinde am Pazifik, die dort ganz ruhig gelebt hat, arme Leute, für die sich früher nie jemand interessiert hat. Die wurden 1997 vertrieben aus ihren Dörfern, und das hing damit zusammen, dass in dieser Region ein Ersatz für den Panama-Kanal gebaut werden sollte, ein Plan, der immer noch existiert. Militärs und Paramilitärs haben diese Leute damals vertrieben, Vertrieben heißt, dass dort zunächst Massaker stattfanden, die Leute eingeschüchtert und unter Druck gesetzt wurden und dann in ein Flüchtlingslager abgeschoben wurden. Sie sind später wieder zurückgekehrt und wurden an diesem vergangenen Wochenende ein zweites Mal vertrieben.

Die Region zeichnet sich durch eine der weltweit größten Artenvielfalten aus und ist darüber hinaus auch geostrategisch sehr wichtig, weil sie sich in der Nähe der Grenze zu Panama befindet. Diese Zone muss vollständig kontrolliert sein innerhalb dieser neuen Konzepte, dort dürfen keine afrokolumbianischen Gemeinden leben, die nach der geltenden Verfassung auch noch ein hohes Maß an Autonomie genießen würden, ihre eigene Rechtsprechung und Kultur auszuüben. Diese Diversität, die ja in Kolumbien existiert, darf es da nicht geben, es muss alles homogenisiert und eingeebnet werden.

Und diese Cacarica-Gemeinde fordert nun auch noch internationales Recht ein. Kolumbien ist ein gutes Beispiel für das US-Konzept, Menschenrechte im Krieg abzuerkennen. Bei den neuen, den internen Kriegen ist ja auch das humanitäre Völkerrecht gültig. Da gibt es ganz wichtige Prinzipien, die die USA nicht gelten lassen. Ein wichtiges Prinzip, der Schutz der Zivilbevölkerung, gilt nicht mehr, weil der Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten verwischt wird. Die Zivilbevölkerung wird gezwungen, im Konflikt Partei zu ergreifen für die jeweilige Regierung. Was den nicht vorhandenen Schutz der Zivilbevölkerung angeht, gibt es klare Parallelen zwischen dem Irakkrieg und dem, was in Kolumbien geschieht. Ganz allgemein noch zu Kolumbien: Es ist das Land, das nach Israel und Ägypten die größte Militärhilfe der USA erhält. Das unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit, die Kolumbien in der Gesamtstrategie beigemessen wird.

E: Herzlichen Dank für die vier Statements, die sehr unterschiedlich waren, aber alle gemeinsam hatten, dass sie nicht sehr hoffnungsfroh stimmten. Die

Beschreibung der politischen, ökonomischen und sozialen Situation in Lateinamerika fällt eher deprimierend aus. Dennoch gibt es natürlich überall in Lateinamerika Organisationen und Menschen, die für eine andere Art der Entwicklung kämpfen, die für die Einhaltung der Menschenrechte kämpfen und – wie wir gerade gehört haben – damit auch ins Fadenkreuz der Repression geraten. In manchen Ländern entwickeln sie auch eine große Kraft, wie das Beispiel der Arbeiterpartei (PT) in Brasilien zeigt, die für sich beansprucht, eine linke Opposition neuen Typs zu sein, und die seit Anfang dieses Jahres mit ihrem historischen Führer Lula da Silva den Präsidenten stellt. Ich war im Januar in Brasilien gewesen und habe die ungeheure Begeisterung erlebt, die sich mit diesem Regierungswechsel verbunden hat. Winfried Wolf hat in seinem Beitrag angedeutet, dass der Spielraum für diese Regierung extrem klein ist, und dass sie die in sie gesetzten Hoffnungen wohl kaum erfüllen können. Da würde ich gerne noch mal nachhaken, zunächst aber Pedro Morazán fragen: Du warst ja auch zu Beginn des Jahres in Brasilien und hast etwas von der Aufbruchstimmung mitbekommen. Siehst du ebenfalls kaum Perspektiven, dass die PT in Brasilien etwas machen könnte. Wenn wir über diese Verschuldungssituation – 287 Mrd. Dollar in Brasilien, 155 Mrd. Dollar in Argentinien – reden, dann denke ich, ab einer gewissen Schuldenhöhe können die Schulden ja nicht nur zu einem Problem für die Schuldner, sondern auch für die Gläubiger werden. Anfang September 2003 hat die argentinische Regierung die weitere Tilgung für die Kredite des Internationalen Währungsfonds verweigert. Es wurde sich dann zwar schnell mit einer Überbrückungsfinanzierung geeinigt, aber die Drohung der Nichtbedienung des Schuldendienstes stand im Raum. Wie siehst du die Möglichkeiten fortschrittlicher Regierungen in Lateinamerika, diesem von euch skizzierten finsternen Panorama etwas entgegenzusetzen?

M: Ich werde versuchen, das kurz und optimistisch zu beantworten. Auf diese Nachricht hin haben wir sofort eine Presseerklärung gegeben, und darin haben wir von einem historischen Tag gesprochen. Zum ersten Mal – eigentlich natürlich zum dritten Mal nach Liberia und Sudan – gibt es ein Land, das sich geweigert hat, das Tabu gebrochen hat, Schulden gegenüber dem IWF pünktlich und vollständig, also auf die Minute und den Cent genau, zurückzuzahlen

Kirchner bietet IWF die Stirn

Wenn man sich auch zwei Tage später wieder geeinigt hat, war das ein Tabubruch. Für mich ist das der beste Beweis, dass ein Land wie Argentinien und Brasilien demnächst – der große Knall kommt noch – sich nicht den Bedingungen des IWF unterwerfen müssen. Und sie haben durchgehalten. Ich war sehr verwundert, weil man bislang den Kirchner eher als einen farblosen Politiker zeichnen konnte. Aber er hat bis jetzt eine Überraschung nach der anderen geliefert. Er hat viele Schritte, die man von Lula erwartet hätte, getan. Aber in Argentinien herrscht eine Situation und in Brasilien herrscht eine andere. Viele Argentinier sagen: Das, was jetzt in Brasilien geschieht, haben wir schon hinter uns, und die Brasilianer sagen auch umgekehrt das Gleiche. Das erste Positive ist, und das stammt von Kirchner: Es gibt kein

Zurück zu der neoliberalen Politik der Ära Menem.

Am Wochenende fanden Wahlen in der wichtigsten Provinz Argentiniens, Buenos Aires, statt, in denen der Kandidat der neoliberalen Fraktion, Macri, schon wieder eine absolute Niederlage erlitten hat gegen Ibarra mit einer Koalition verschiedener linker und linksperonistischer Parteien. Im Moment sind wir Minimalisten, d.h. im Moment geht es darum, den kompletten Ausverkauf, also was du mit dem Verkauf des Tafelsilbers angesprochen hast, zu verhindern und den neoliberalen Diskurs von der Macht zu vertreiben. Und das ist keine einfache Sache. Insofern sehe ich in der politischen Entwicklung eine mögliche Unterstützung. Das Problem Brasiliens war bis jetzt, dass es sich mit Argentinien nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnte, und da sind auf der politischen Ebene neue Bedingungen gegeben. Es hat zwar am Ende ein Abkommen mit dem IWF gegeben, aber im Falle Argentiniens wollte der IWF einen schrittweisen Anstieg des Haushaltsüberschusses erreichen, und zwar von 4,5 Prozent (2004) auf 5 Prozent 2005. Das muss man sich mal vorstellen, in einem Land, das so betroffen ist von Armut, sollten 5 Prozent des BIP für die Rückzahlung von Auslandsschulden auf Kosten von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialprogrammen eingespart werden. Die Regierung hat gesagt: Wir können maximal 2,5 Prozent aufbringen, und am Ende hat man sich auf 3 Prozent Haushaltsüberschuss geeinigt. Der IWF wollte eine Erhöhung der Gebühren für die Wasser-, Elektrizitäts- und Telekommunikation, die von Multinationalen Versorgungsunternehmen kassiert werden, erreichen. Auch dies hätte die argentinische Regierung in eine politische Notsituation gebracht. Und auch da hat sich die argentinische Regierung durchgesetzt. Das ist einmalig in der Geschichte der Verhandlungen mit dem IWF. Von daher bin ich ganz positiv gestimmt. Ich würde mir wünschen, dass ein Lula unter solchen Bedingungen verhandelt, aber wir wissen, unter welchen Bedingungen Lula gewählt wurde. Es ist nicht das Gleiche wie in Argentinien, dort wurde wie auch jetzt bei den Provinzwahlen sehr viel eindeutiger gewählt, und das sehe ich schon als Fortschritt.

W: Ich lasse mich ungern in Bezug auf Optimismus links überholen. Die Frage ist natürlich die, ob man diskutiert über die politischen und ökonomischen Möglichkeiten, oder ob man diskutiert über den gegebenen Rahmen und über Personen, die bisher jedenfalls erklärt haben, dass sie den Rahmen im Großen und Ganzen respektieren. Was das letztere angeht, glaube ich, dass Argentinien momentan noch ein Sonderfall ist, und das Problem ist, dass aus Argentinien, nachdem es 2002 praktisch den Bankrott erklärt hat, momentan nix rauszuholen ist. Ich habe hier die NZZ vom 11. September vor mir, und die schreibt: „Auslandsgläubiger mit Ansprüchen von etwa 80 Mrd. Dollar warten seit der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit Argentiniens von Anfang 2002 immer noch auf ein Umschuldungsangebot. Ohne Abkommen mit dem IWF werden sie noch länger warten müssen. Auch deshalb kann Kirchner hoch pokern. Er zählt darauf, das angestrebte Abkommen schließlich doch noch zu erhalten. Verdienen würden es die Argentinier nicht. Weil der IWF keinen Hebel hat, um ein angemessenes Verhalten des Schuldnerlandes zu

erzwingen und außerdem an der Krise in Argentinien nicht völlig unschuldig ist, macht er in dieser Sache erneut keine gute Figur“.

Das heißt klipp und klar nach dem neoliberalen Ansatz der NZZ, der auch so in der FAZ stehen könnte: Es gibt gar keinen richtigen Hebel, die zu erpressen, weil sie weitgehend von dem internationalen Kreditmarkt abgeschnitten sind. Kirchner hat das absolut toll gemacht, da stimme ich zu. Das Problem ist nur, dass Kirchner und auch Lula im Jahre 2003 nicht die Leute sind, die 70/73 versucht haben, eine andere Politik zu machen, d.h. wenn man sich anschaut, was Lula als konkrete erste Maßnahme gemacht hat, z.B. dass er als Finanzminister den alten der Vorgängerregierung eingesetzt hat, einen gewissen Antonio Palocchi, als Zentralbankchef einen extremen Neoliberalen, einen gewissen Henrique Mirelles eingesetzt hat, und dass er die IWF-Auflage realisiert hat, nämlich die Zentralbank unabhängig zu machen, d.h. im Sinne des IWF agieren zu lassen, dann sind das Maßnahmen, die katastrophal sind, Wenn man auch noch die Rentengesetzgebung berücksichtigt, die angedeutet wurde, dann geht das alles in die katastrophal falsche Richtung und hat nichts mit dem zu tun, was die Leute von der PT wollen. Denn das bedeutet, dass Geld aus den armen Leuten herausgepresst wird, um den Schuldendienst zu bedienen, und um die 3,5 Prozent Haushaltsüberschuss zu realisieren.

Könnte Lula, wenn er wollte?

Die Frage ist, ob die Gegenkräfte, die es natürlich auch in der PT gibt, oder auch außerhalb wie MST oder Gewerkschaften, ob die stark genug gemacht werden können, um reinwirken zu können in die PT mit ihrem ambivalenten Charakter, um die Potenzen, die in Bezug auf die Menschen real da sind, in Bezug auf die Moral und auf die elementare Frage der Gerechtigkeit, um diese Ressourcen zu aktivieren. Insofern glaube ich, dass verglichen mit Nicaragua, oder mit Grenada, oder mit Cuba die Chancen eigentlich weit größer sind. Brasilien, das 40 Prozent des lateinamerikanischen Bruttoinlandsprodukts auf sich vereint, hat ein völlig anderes Potential in Bezug auf Rohstoffe, auf Möglichkeiten, sich auch abgeschottet selbst ernähren zu können, da gibt es ja reale Möglichkeiten, die von einer Regierung, die Politik im Interesse der großen Mehrheit des Landes, ja des Kontinents machen wollte, auch ausgeschöpft werden könnten.

Natürlich ist die Messe noch nicht gesungen, das ist noch nicht zuende und es ist nicht klar, wie es weitergeht, von daher ist die Frage noch offen, ob es gelingen wird, diese Potenzen zu realisieren. Aber noch mal, was die Leute in der Birne haben, was sie im Programm haben, was sie praktisch machen, welches Minister-Potential sie präsentieren, ist es eigentlich eher ziemlich traurig, was da momentan geschieht. Die Frage wird nur sein, wie man andere Kräfte wie die Piqueteros in Argentinien, die Sem-terra-Leute in Brasilien usw. stärken kann, damit die in die Regierungen jeweils reinwirken können.

E: Sem-terra ist die Bewegung der Landlosen in Brasilien. Das ist zugleich die Überleitung für eine Frage an Jürgen Valdivia: Du hast ein bedrückendes Panorama der Situation auf dem Land in Nicaragua gezeichnet. Du hast dort

16 Jahre als Agrarexperte gearbeitet. Was müsste in Nicaragua auf dem Land passieren, damit keine Leute mehr verhungern. Wie könnte eine andere Landwirtschaftspolitik aussehen? Gibt es in Nicaragua Kräfte, die für so eine andere Politik stehen?

V: Gut, also von Staats- und Regierungsseite kann man eigentlich nicht viel erwarten. Das Land hat z.Z. sechseinhalb Mrd. Dollar Schulden. Bei Exporterlösen von 300-400 Mio. Dollar im Jahr ist das illusorisch, dass das Land überhaupt wieder wirtschaftlich auf die Beine kommen kann. Im Agrarsektor sehe ich Möglichkeiten dadurch, dass sich die Bauern zusammenschließen. Es gibt bereits Bewegungen von Kooperativen, die jetzt schon über 10 Jahre neoliberale Politik und finanzielles Abwürgen von Seiten der Regierung überlebt haben. Diese Kooperativen schließen sich zusammen zu größeren Einheiten und versuchen, ihre Produktion zu diversifizieren. Einerseits für den lokalen Markt zu produzieren, andererseits auch in verschiedene Nischen reinzukommen, um auf dem internationalen Markt verkaufen zu können und für die eigene Subsistenz zu arbeiten. Und wenn das erfolgreich ist, dann werden sich mehr Produzenten zu diesem Konzept zusammenschließen.

Alternativen für Nicaragua

Auf der anderen Seite sind die landlosen Arbeiter in den Kaffee-Haciendas, die sich auch immer mehr zusammenschließen, um auf diese Weise Druck auf die Regierung auszuüben, was ihnen erst mal so nicht gelingt, aber indirekt wird über die oppositionelle FSLN wieder mehr radikalisiert, so dass es vielleicht Hoffnungen gibt, dass bei den nächsten Wahlen 2006 wieder eine FSLN-Regierung an die Macht kommt, die diese soziale Situation wieder ein bisschen abfedern könnte. Bei der jetzigen liberalen Regierung besteht dafür keine Hoffnung.

Es gibt auch Landbesetzerbewegungen, die große brachliegende Fincas besetzen von Landbesitzern, die bankrott gegangen sind, und die an die Banken übergegangen sind. Sie finden keine Käufer und werden von den freigesetzten Arbeitern aus dem Kaffeesektor besetzt. Bei manchen dieser Fälle wurden Landbesetzungen auch legalisiert durch Kaufverträge zu einem symbolischen Preis. Das sind die Nischen, die ich für die verarmte Landbevölkerung sehe, während im makroökonomischen Rahmen für Nicaragua wenig Hoffnung besteht.

*P: Gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, dass Aktionen des Fairen Handels wie von der gepa eine Verbesserung der Situation bewirkt?*

V: Gut, es gibt kleine Bauern und vor allem Kooperativen, die Verträge mit Fairtrade-Organisationen in Europa und den USA haben, die natürlich besser dastehen. Das Gros der Produzenten, die über keine speziellen Verträge verfügen, also auch keine besonderen Produkte anbieten können wie Café Orgánico oder „bird-friendly“ Café, der besonders in den USA beliebt ist...

*P: Was ist das?*

V: „Bird friendly“, also vogelfreundlich. Man muss verstehen, es gibt Ökologen in den USA, die sich um ihre Vogelfauna Sorgen machen. Durch die Abholzung der Wälder in Zentralamerika haben die nordamerikanischen Singvögel keine Überwinterungsmöglichkeiten mehr, d.h. also, Kaffeepflanzungen, die wiederaufforsten und einen diversifizierten Baumbewuchs über den Kaffeesträuchern ermöglichen, die können einen besseren Preis erzielen. Das sind solche Nischen, die für die nicaraguanische Agrarproduktion immer noch vorhanden sind.

E: Vielleicht noch einen kleinen Nachtrag zu Nicaragua und zu Honduras. Ich habe gehört, dass unter den Besatzungstruppen im Irak neuerdings auch Soldaten aus Honduras und Nicaragua sind. Die Soldaten aus Honduras wurden – so die offizielle Begründung – u.a. deswegen in das Kontingent genommen, weil sie besondere Erfahrungen in der Armutsbekämpfung haben sollen. Da kann man schon zynisch werden.

Ich möchte aber noch eine Frage an Bettina richten: Du hast ziemlich drastisch geschildert, wer Opfer von Menschenrechtsverletzungen wird. Menschenrechtsverteidiger geraten zunehmend ins Visier der Todesschwadronen, vor allen Dingen Leute, die in Gebieten leben, wo sie den Großgrundbesitzern im Wege stehen, oder auch Ölfirmen. Was müsste passieren, damit dieser Politik etwas entgegengesetzt werden kann, ich denke jetzt nicht nur an Kolumbien, das ist ja eine Frage von internationaler Solidarität. Wo siehst du Ansatzpunkte für eine solche Solidarität? Gibt es Aktionen, die unterstützt werden können?

R: Ja, bei dieser Opferfrage geht es natürlich immer darum: Um die Opfer zu schützen, muss man die Täter angreifen. Was den kolumbianischen Konflikt anbetrifft, geht es als ersten Schritt auch um eine bessere Information. Als Menschenrechtlerin gibt man ja keine „objektive“ Information, sondern es handelt sich dabei immer um eine Information aus der Perspektive der Opfer. Viel mehr Menschen müssten sich mit sozialen Organisationen aus Kolumbien ein eigenes Bild verschaffen, denn dieses Bild von dem Drogenkrieg und dem andauernden Bürgerkrieg ist ja bei uns schon so fest verankert in den Köpfen. Daraus resultiert oft eine Hilflosigkeit und eine durch und durch negative Sicht. Das war bei den zentralamerikanischen Konflikten in Nicaragua und El Salvador ganz anders, wo bei vielen Menschen immer auch ein Stück Utopie dabei war. Man müsste mehr die Menschen aus Kolumbien und ihre Organisationen kennen lernen, ihre Vorschläge und ihre sehr lebendige Widerstandskraft schätzen lernen. Unabhängig von der politischen Konfliktlösung gibt es in Kolumbien eine Vielzahl von kreativen Vorschlägen und Initiativen, die man in erster Linie aus der persönlichen Begegnung erfahren kann. Und aus der persönlichen Begegnung kann dann die notwendige Unterstützung erfolgen. Ich denke, da wäre noch viel zu tun. Mit Kolumbien gibt es ganz wenige Partnerschaften. Die Frage der Solidarität in einem akuten Konflikt ist meiner Meinung nach noch viel zu wenig behandelt worden.

Die Hintergründe des kolumbianischen Konflikts bleiben im Dunkeln. Das ist die eine Seite. Die andere Sache ist die, dass die Hintergründe des Konflikts klarer gemacht werden und dass man von der Bundesregierung einfordert, eine gemeinsame Position mit der EU zu finden, die klar gegen die US-Position Stellung bezieht, welche eine rein militärische ist. Das macht weder die Bundesregierung noch die EU. Sie beziehen da eine schizophrene Position, sie sagen: Wir sind für eine politische Lösung des Konflikts, und sie betonen auch ständig, dass dieser Konflikt soziale Ursachen hat, aber gleichzeitig wird nichts gegen die US-Politik unternommen. Das lässt sich an der Haltung zu dem Plan Colombia ablesen, der ja auch zum Scheitern der Friedensverhandlungen mit der FARC geführt hat. Das staatliche Aufrüsten hat zum Abbruch der Verhandlungen beigetragen..

Und wie verhalten sich da EU und BRD? Aus der Sicht der kolumbianischen Regierung macht die Bundesregierung eine sehr menschenrechtsorientierte Politik. Faktisch macht die Bundesregierung auf diesem Feld gar nichts, oder sehr wenig. Es wird zwar viel von Konfliktlösungsstrategien geredet, aber real passiert nichts. In Bezug auf Kolumbien müssen wieder die alten Forderungen gestellt werden, z.B. Einstellung der Entwicklungshilfe, solange sich nichts an der Situation ändert, eine ganz alte Forderung der Solidaritätsbewegung von früher. Regierungen müssen erst nachweisen, dass sich die Menschenrechtssituation verbessert, und dann können sie Hilfe beanspruchen.

Es muss hier eine Bewegung existieren, die das deutlich einfordert, und es muss auch in den Parteien so sein, dass solche Forderungen gestellt werden. Es muss viel mehr Austausch geben, es muss eine klare Positionierung innerhalb der EU geben, denn in Bezug auf Kolumbien haben wir dieselbe Konstellation wie in Irak: Großbritannien und Spanien befinden sich auf der Seite der USA, die auf die militärische Unterstützung setzen. Und dadurch, dass die anderen die Menschenrechte nur vor sich her tragen, aber nichts dafür tun, ist diese Position sehr stark. Da findet ein Machtspiel statt, in dem die anderen überlegen sind.

E: Herzlichen Dank an alle PodiumsteilnehmerInnen. Ich denke, wir hatten eine sehr angeregte Diskussion. Ein Beleg dafür ist, dass kaum jemand trotz der langen Dauer den Saal verlassen hat. Als ein zentrales Problem kam dabei heraus, dass die Schuldenkrise dringend auf eine Lösung wartet. Solange diese nicht gelöst ist, wird Lateinamerika nicht auf die Beine kommen, werden die Menschen keine besseren Lebensbedingungen erwarten können. Natürlich arbeiten in Lateinamerika sehr viele Leute an Lösungsmöglichkeiten für die einzelnen Länder, aber dort können nicht alternative Modelle für uns entwickelt werden. Genauso wenig können wir sie für Lateinamerika entwickeln. Da muss ein Dialog geführt werden, der ja auch schon in Gang gekommen ist. Ich denke an den wichtigen Prozess der Weltsozialforen, zu dem im Januar 2003 Porto Alegre über 100.000 Leute zusammengekommen sind. In vielen Ländern und auf allen Kontinenten gibt es inzwischen regionale und lokale Foren, also da läuft bereits einiges. Che Guevara, dessen Spruch von der „Solidarität als Zärtlichkeit der Völker“

als Motto über diesem Veranstaltungszyklus prangt, hat auch einmal gesagt: „Ihr seid zu beneiden, dass ihr im Herzen der Bestie kämpft.“ Also nutzen wir dieses Privileg! Vielen Dank.

Aus technischen Gründen konnten bis auf wenige Ausnahmen die Fragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum an diesem Abend nicht aufgenommen und transkribiert werden.